

Der Bundesrat macht zu wenig

Neues CO₂-Gesetz findet bei Firmen nicht nur Anklang

Von Markus Vogt

Muttenz. Schweizer Unternehmen respektive Strombezüger sollen möglichst rasch gleich lange Spiesse bekommen – in diesem Punkt war man sich am Energie-Event der Baselbieter Stromkunden in Muttenz weitgehend einig. Diskutiert wurde die CO₂-Gesetzesrevision des Bundesrates.

Der CO₂-Ausstoss in der Schweiz soll bis ins Jahr 2030 um die Hälfte gesenkt werden. Dazu soll sich die Schweiz in der Klimakonvention verpflichten, die Ende 2015 in Paris unterzeichnet werden soll. Dieses Ziel ist ambitioniert: Geht es nach dem Bundesrat, dürfen Unternehmen in Zukunft lediglich 20 Prozent ihres CO₂-Ausstosses im Ausland kompensieren.

Anbindung an EU blockiert

Die Schweiz hat eine der höchsten CO₂-Abgaben weltweit, bislang dürfen Treibhausgase bis auf wenige Ausnahmen nur im Inland kompensiert werden. Die Anbindung an das Emissionshandelssystem der Europäischen Union (EU) ist weiterhin blockiert. In der kommenden CO₂-Gesetzesrevision will der Bundesrat vermehrt Kompensationsmassnahmen im Ausland ermöglichen. Allerdings zu wenig aus der Sicht der Stromkunden – der Bundesrat will diese Variante noch immer begrenzen, eben auf die genannten 20 Prozent.

Wo der Schuh drückt, schilderte an der Tagung Philipp Kuttler, CEO von Ziegler Papier in Grellingen. Der Präsident des Industrieverbands Laufenal-Thierstein-Dorneck-Birseck wies darauf hin, dass gerade energieintensive Unternehmen umfangreiche Zielvereinbarungen mit der Energie-Agentur EnAW getroffen und so bereits viele Massnahmen realisiert hätten.

Jetzt sei das Einsparpotenzial ausgeschöpft: Nun müssten diese Firmen auf die Möglichkeit von CO₂-Kompensationen ausweichen, was eine teure Angelegenheit sei, weil dies aufgrund gesetzlichen Einschränkungen fast nur im Inland möglich sei. Gemäss dem aktuellen CO₂-Gesetz sei heute nämlich mit wenigen Ausnahmen gar keine Auslandkompensation möglich.

Das Ausland in Betracht ziehen

Der Energieexperte Marc Schürch von Advisory House machte auf eine zusätzliche unbefriedigende Situation für Unternehmen aufmerksam. Diese Firmen könnten sich nämlich von der CO₂-Abgabe befreien lassen, wenn sie im Gegenzug beim CO₂-Zertifikatehandel mitmachen. Doch betreibe die Schweiz ein anderes System mit deutlich weniger Teilnehmern als die EU. Das verteuere die Kompensation für Schweizer Unternehmen.

Zwar sei der Anschluss an das europäische System das erklärte Ziel des Bundesrats, doch die entsprechenden Verhandlungen seien aufgrund der Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative sistiert. Kein Verständnis zeigte Marc Schürch schliesslich dafür, dass der Bundesrat die CO₂-Reduktionsmassnahmen auch bei der kommenden Vorlage zur Revision des CO₂-Gesetzes vor allem im Inland erbringen will.

In die gleiche Richtung äusserte sich Wirtschaftskammerdirektor Christoph Buser. Pro eingesetzten Franken könne im Ausland ungleich mehr eingespart werden als in der Schweiz. Demnach müssten auch Optionen im Ausland in Betracht gezogen werden, folgerte Buser. Es sei erstaunlich, wie wenig sich Bundesbern dieses Themas annehme. «Das Thema gehört ganz oben auf die Agenda», forderte Buser.

Glückwunsch

Goldene Hochzeit

Allschwil. Nachträglich und dennoch herzlich gratulieren wir dem Ehepaar **Beatrix und Hanspeter Schmutz-Sutter.** Gestern durften die Jubilare ihren 50. Hochzeitstag feiern. Wir wünschen ihnen alles Gute für das neue Ehejahr. gratulationen@baz.ch

Die beste Küsserin auf dem Podest

Die Beinwilerin Anina Mutter wird Ehrendame an der Tour de Suisse

Von Dina Sambar

Beinwil. «Ich verteile die besten Küsse.» Mit diesem Versprechen bewarb sich die Beinwilerin Anina Mutter für den Posten als Ehrendame an der Tour de Suisse. In rund zwei Wochen muss sie dieses Versprechen nun einlösen. Denn die 26-Jährige hat sich in einem Online-Voting von 20 Minuten und search.ch gegen rund 70 Mitbewerberinnen durchgesetzt.

«Ich wollte mit dem Kuss-Satz zeigen, dass ich absolut qualifiziert bin für den Job», sagt Anina Mutter und grinst. Natürlich sei das nicht ernst gemeint: «Es ging mir darum, meine fröhliche, begeisterungsfähige Art aufzuzeigen», sagt Mutter. Und dann schiebt sie lachend hinterher: «Aber küssen kann ich trotzdem gut.»

Der Gedanke, dass sie ab dem 13. Juni täglich verschwitzte Männer küssen wird, löst in ihr nostalgische Gefühle aus. Ihr Vater, Stefan Mutter, war einst selber erfolgreicher Radrennfahrer. Vor über 30 Jahren hat er an der Tour de Suisse das Punktetrikot errungen, welches seine Tochter nun aushändigen wird. Von seiner Profikarriere habe sie allerdings kaum etwas mitbekommen, da sie noch zu klein war: «Nun kann ich in die Welt meines Vaters, die ich verpasst habe, eintauchen. Als er von meiner Wahl zur Ehrendame erfuhr, schwelgte er wieder in Erinnerungen an die Tour de Suisse.» Und was das Schwitzen anbelange: «Schweiss bedeutet für mich Sport, und Sport ist geil», sagt Anina Mutter, die sich selbst als bewegungssüchtig bezeichnet.

Körperstatur des Vaters

Bereits als kleines Kind galt sie zuerst im Kunstturnen und später im Westernreiten als vielversprechend. «Anders als mein Vater wollte ich mich nie voll und ganz nur auf einen Sport beschränken. Mich interessieren so viele Sachen», sagt Mutter. Sie habe



Mit dem Radsport verbunden. Anina Mutter freut sich riesig auf ihre erste Tour de Suisse – in einer ganz anderen Rolle als einst ihr Vater.

auch oft mit dem Gedanken gespielt, selber aufs Rennrad zu steigen: «Mein Vater fand immer, dass ich dieselbe Körperstatur habe wie er und sicher gut durchbeissen könne.» Heute ist die Beinwilerin jedoch nicht Radrennfahrerin, sondern Studentin in Design Management, ausgebildete Tänzerin, Akrobatin und Schauspielerin.

Trotzdem wird sie bald auf einem Tour-de-Suisse-Podest stehen, allerdings nicht als Sportlerin, sondern als, wie search.ch schreibt, «schönste Ehrendame der Schweiz» – eine Funktion, die bisher von Ex-Missen bekleidet wurde. Dass sie ausgewählt wurde, um hauptsächlich hübsch auszusehen, nimmt die 26-Jährige gerne in Kauf: «Es geht bei den Siegerehrungen ja nicht um mich. Ich weiss, wie viel Disziplin, Schweiss und auch Tränen es braucht, um dort auf dem Podest zu stehen. Und es ist mir eine Ehre, diesen Moment mit dem Sieger teilen zu können.»

Intensives Training

Falls ihr der Einsatz als Ehrendame auch etwas für ihr Künstler-Portfolio bringen würde, wäre das natürlich toll. Trotzdem soll es ihr letztes Casting gewesen sein: «Für Stimmen zu hausieren, ist auf Dauer nicht so mein Ding. Ich habe keine Lust, mein Umfeld wieder mit Anfragen zu belastigen.»

Negative Reaktionen auf ihre Wahl habe es allerdings nur ganz wenige gegeben. «Es gibt einige Leute, die finden, dass ich immer etwas Spezielles machen müsse. Doch das bestärkt mich mehr, als dass es mich stört.» Ansonsten habe sie, vor allem beim Voting, eine Unterstützung erhalten, die sie sich nie erträumt hätte: «Es war eine schöne Erfahrung, zu sehen, dass es in meinem Umfeld viele Leute gibt, die mir etwas gönnen.» Auch ihr langjähriger Freund freue sich sehr über ihre Wahl: «Er findet es super. Vor allem, weil er jetzt in den Genuss meines äusserst intensiven Kuss-Trainings kommt», sagt Anina Mutter mit einem Augenzwinkern.

SP sagt Wohnungsnot den Kampf an

Für mehr bezahlbare Wohnungen und einen verstärkten Mieterschutz

Von Thomas Dähler

Liestal. Die Baselbieter Sozialdemokratischen und Sozialdemokraten fordern mehr erschwinglichen Wohnraum und einen verstärkten Mieterschutz. Gestern reichten sie in Liestal ihre kantonale Initiative «Wohnen für alle» ein und erläuterten vor den Medien die Forderungen ihrer Wohnoffensive.

«Wohnungsnot ist ein Missstand», erklärte Susanne Leutenegger Oberholzer dezidiert. Die wieder kandidierende Parlamentarierin stellte sich ausdrücklich hinter die Botschaft des Bundesrats zur Teilrevision des Mietrechts, mit welcher die Landesregierung vorschreiben möchte, dass Vermieter künftig in der ganzen Schweiz Neumieter den vorherigen Mietzins mitteilen und eine Preiserhöhung begründen müssen. Der Mieterschutz müsse zudem generell verstärkt werden, sagte Leutenegger.

Den gemeinnützigen Wohnungsbau möchte die SP-Nationalrätin ausbauen, indem der Bund Bauland, das heute horten, freigebe. Bei der Raumplanung müsse zudem festgeschrieben werden, dass in jeder Agglomeration ein gewisser Anteil für den gemeinnützigen Wohnungsbau bereitgestellt werden müsse. Für einen funktionierenden Wohnungsmarkt brauche es mehr als 0,3 Prozent Leerwohnungen, wie dies zurzeit im Baselbiet der Fall sei.

Teilrevision des Mietrechts

Mit der am Mittwoch vorgestellten Teilrevision des Mietrechts beabsichtigt der Bundesrat, das Mietrecht auf Bundesebene einheitlich zu regeln und dank Transparenz und Rechtssicherheit eine mietzinsdämpfende Wirkung zu erzielen. Heute muss die Vormiete nur gerade in sieben Kantonen bei Neuver-

mietungen offengelegt werden. Der Hauseigentümerverschlag Schweiz hat bereits angekündigt, dass er die Neuerung bekämpfen will.

Die Baselbieter SP möchte zusätzlich, dass auf kantonaler Ebene gesetzlich vorgesorgt wird, dass mit einer regional koordinierten Siedlungspolitik erschwinglicher Wohnraum für alle geschaffen wird. Dazu hat sie gestern eine von 1800 Personen unterzeichnete nichtformulierte Gesetzesinitiative eingereicht. Es sei überhaupt kein Problem gewesen, die nötigen Unterschriften beizubringen, sagte SP-Co-Präsident Adil Koller. Gestern wurden die Unterschriften von Koller, Juso-Co-Präsidentin Julia Baumgartner und fünf Nationalratskandidatinnen und -kandidaten der Landeskantlei übergeben.

Genossenschaften fördern

Nachdem der Kanton Baselland während Jahrzehnten das Wohneigentum gefördert habe, müsse jetzt etwas dafür unternommen werden, dass das Wohnen kostengünstig und ökologisch ermöglicht werde, sagte Kathrin Schweizer, SP-Fraktionspräsidentin im Landrat – «ein Thema, das die Leute beschäftigt». Der Kanton müsse die Wohnsituation und die Wohnkosten erheben. Mit der Initiative fordere die SP, dass kantonseigene Branchen, etwa Parkplätze oder leer stehende Industriareale, genutzt würden, dass die Gemeinden unterstützt würden, wenn sie günstigen Wohnraum bereitstellen wollten, und dass Finanzierungsmodelle für gemeinnütziges Wohnen bereitgestellt würden.

Julia Baumgartner von den Juso brach schliesslich eine Lanze für mehr Wohnraum von Genossenschaften. Diese seien rund 15 bis 20 Prozent günstiger als der Marktdurchschnitt. Günstigere Wohnungen ermöglichten auch älteren Menschen, zu gross gewordene Wohnungen freizugeben.



Wohnen für alle. Kathrin Schweizer und Adil Koller übergeben die schmuck verpackten Unterschriften dem 2. Landschreiber Nic Kaufmann. Foto Florian Bärtschiger

Nachrichten

Fahrerflucht auf der Autobahn

Augst. Gesucht wird ein Automobilist, der gestern Morgen auf der A2 einen Unfall verursachte und sich danach entfernte, ohne sich um den Schaden zu kümmern. Eine 27-jährige Lenkerin eines Sattelmotorfahrzeugs war kurz vor 7 Uhr in Richtung Basel unterwegs. Bei der Verzweigung der A2 und A3 wechselte sie vom dritten auf den zweiten Überholstreifen. Gleichzeitig fuhr ein Personenwagen von Rheinfelden her Richtung Basel und vollzog einen unvorsichtigen Fahrstreifenwechsel, weshalb die Lenkerin des Lastwagens stark abbremsen musste. Sie betätigte deshalb die Lichthupe, was den Personenwagenlenker veranlasste, eine Vollbremsung einzuleiten, einen sogenannten Schikane-Stopp, sodass die Frau erneut stark bremsen musste. Das wiederum hatte zur Folge, dass ein unmittelbar hinter dem Lastwagen folgendes Auto in den Lastwagen hineinfuhr. Verletzt wurde niemand, doch der Personenwagen wurde stark beschädigt. Die Baselbieter Polizei sucht Zeugen.

Ölschlieren im Bereich des Birsfelder Hafens

Birsfelden. Der Rhein war am Mittwochmittag auf der Höhe des Birsfelder Hafens mit Öl verunreinigt. Die Baselbieter Kantonspolizei wurde um 17.30 Uhr alarmiert. Die aufgeborenen Einsatzkräfte konnten einige wenige ölschimmernde Schlieren feststellen und diese mithilfe der Ölwehr rasch beseitigen, teilte die Kantonspolizei mit. Die Umwelt sei zu keinem Zeitpunkt gefährdet gewesen. Im Einsatz befanden sich die Ölwehr, der ABC-Koordinator, die Kantonspolizei, die Schifffahrtspolizei der Schweizerischen Rheinhäfen sowie das Gewässerschutzpikett des Amts für Umweltschutz und Energie.